

Gallesche Zeitung

1910. Nr. 160.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 203.

Druckerei für Halle a. S. Verlags- und Druckerei für Halle a. S. Verlags- und Druckerei für Halle a. S. Verlags- und Druckerei für Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Verlags- und Druckerei für Halle a. S. Verlags- und Druckerei für Halle a. S. Verlags- und Druckerei für Halle a. S. Verlags- und Druckerei für Halle a. S.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Schulstraße 57, Hinterhaus.
Eing. Nr. 10. Telefon 158; Telephon 1272.
Verleger: Dr. Walter Schenckel in Halle a. S.

Donnerstag, 7. April 1910.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburgerstraße 30.
Telephon Amt VI Nr. 16 200.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Nachmal: Diplomatie und Adel.

Man entnimmt sich, daß kürzlich der Reichstagsabgeordnete Stresemann in längeren Ausführungen zu beweisen versucht hat, der Adel werde in diplomatischen Diensten des Deutschen Reiches über Gebühr bevorzugt. Es ist gewiß nicht uninteressant, zu hören, wie eine republikanische Pariser Zeitung, das „Journal des Débats“, jetzt über diese Behauptung des Herrn Stresemann urteilt. Das Blatt schreibt:

Der jungliberale Herr Stresemann, welcher gern als einer der nationalliberalen Führer im Reichstage angesehen werden möchte, hat kürzlich einen Artikel veröffentlicht, wonach das „Garde-Prinzip“ in der deutschen Diplomatie verwirklicht sei. Nach Herrn Stresemanns wäre es nur der Adel, der auf die höheren Posten an den Botschaften und den übrigen diplomatischen Missionen Anspruch erheben könnte. Die Angaben des Herrn Stresemann sind jedoch nicht einmal genau, soweit sie die Botschaften und anderen höchsten Posten der deutschen Diplomatie betreffen. Es ist in der Tat recht naheliegend zu behaupten, daß der Staatssekretär Freiherr von Schoenlin in Brüssel, der „Garde-Prinzip“ verkörpert. Jedermann weiß, daß der Staatssekretär, der früher deutscher Botschafter in St. Petersburg war, von hiesiger Seite her sehr in Anspruch genommen ist. Man weiß auch, daß der deutsche Botschafter in Tokio, Freiherr von Munim, dem eine noch glänzendere Zukunft beschieden sein soll, ebenfalls bürgerlichen Ursprungs ist. Herr von Ribbentrop-Waechter, der auch Botschafter werden soll, stammt ebensowenig aus dem Reich der „Junfer“. Was den bevollmächtigten Minister Deutschlands am Balkan, Herrn von Mühlberg, anbelangt, so gehört dieser einer Berliner Bürgerfamilie an, und sein Adel ist noch neuen Datums. Dies sind vier Beispiele, die beweisen, daß die wichtigsten diplomatischen Posten Personen anvertraut sind, die aus dem bürgerlichen Stande hervorgegangen sind. Herr Stresemann hat seinen „Gotha“ recht unaufrichtig gelesen!

Die Pariser Zeitung zeigt sich hier, so fügt die „N. O.“ hinzu, in der Tat unrichtiger als der deutsche Volksvertreter. Und außer den Herren Freiherr von Schoenlin, Freiherr Munim von Schwarzenstein, von Ribbentrop-Waechter und von Mühlberg, gibt es in der deutschen Diplomatie noch eine ganze Reihe von jüngeren und älteren Beamten, die bürgerlich geboren wurden, erst später, teils durch eigene Mobilisierung, teils durch Mobilisierung des Vaters, den Adel erhielten und infolgedessen logischer Weise dem Bürgerturne und nicht dem Adel zugehört werden müssen. Es sind dies u. a. die Gebrüder von Müller in Haag, v. Treutler in Christiania, Dr. v. Waldthausen in Buenos Aires, von Zimmerer in Gatti, Freiherr von Jenisch in Darmstadt, die Botschaftsräte Dr. von Kühlmann in London und Dr. von Miquel in St. Petersburg, die Sekretäre Dr. von Meyenhausen in Tokio, Dr. Ganiel von Gaimhausen in London, von Lucius in St. Petersburg, von Etum in Washington, Dr. von Friedrich in Bern und der Attache Dr. von Wessendorf in London. Alle diese Herren sind bürgerlich zur Welt gekommen und erst nachher geadelt worden.

Das ist ein Beweis für die Unrichtigkeit der Behauptung, die deutschen Diplomaten kämten mit ganz geringen Ausnahmen aus adligen Familien. Ebenso gut könnte man schließlich die Behauptung aufstellen, die deutschen Reichskanzler kämten mit Vorliebe aus dem Fürstentum gewährt, — weil drei von den fünf Kanzlern, die das Deutsche Reich bisher hatte, Bismarck, Bismarck und Bülow, den Fürstentum über dem Bapven führten!

Der Reichstag

wird demnächst wieder seine Beratungen aufnehmen. Den breitesten Raum darin werden die sozialpolitischen Vorschläge einnehmen, unter ihnen in erster Reihe die Reichsversicherungsordnung. Sie wird in allerhöchster Weise zunächst nur die erste Lesung erleben, um dann zur Beratung einer Kommission übergeben zu werden, die ihre Arbeiten vor dem Herbst wieder beenden wird. Dieser Gesetzentwurf wird deshalb auch erst im nächsten Winter fertiggestellt werden. Doch er dann aber zustande kommt, kann um so eher angenommen werden, als er befristet und die Hinterbliebenenversicherung enthält und Bundesrat und Reichstag sich noch erst vor kurzem dahin einig geworden sind, daß dieser neue Versicherungsweig mit dem 1. April 1911 ins Leben treten soll. Die anderen sozialpolitischen Entwürfe sind in der Kommission bereits vorbereitet, so daß sie in naher Zeit wieder werden an das Plenum gebracht werden können. Dazu gehören die Novelle zur Gewerbeordnung, das Arbeitsamtergesetz, das Hausarbeitsgesetz und das Stellenermittlungsgesetz. Werden sie ganz oder in der Hauptsache verabschiedet, so wird die laufende Tagung des Reichstags sozialpolitische Priorität bringen, die eine große Mannigfaltigkeit und Wichtigkeit besitzen. Ein zweiter Kreis von Arbeiten, die den Reichs-

tag beschäftigen werden, bezieht sich auf das rein juristische Gebiet. Hierin gehören die Strafprozeßordnung, die kleine Novelle zum Strafgesetzbuch, die Rechtsanwaltsordnung und vielleicht das Gesetz über die Haftung der Reichsbeamten. Der Bericht über die Erörterung des letzteren in der Reichstagskommission ist ja erst kürzlich dem Reichstage zugeföhrt. Es wird also recht bald eine weitere Behandlung durch das Plenum erfahren können. Daß die Strafprozeßordnung in naher Zeit wird zur Erledigung gebracht werden können, wird wohl nirgendwo geglaubt. Sie wird voraussichtlich das Schicksal der Reichsverfahrensordnung teilen und im nächsten Winter zur Entscheidung gestellt werden. Die übrigen Entwürfe dieser Kategorie könnten aber sehr wohl noch vor Pfingsten unter Dach und Fach gebracht werden. Auf handelspolitischen Gebieten steht soeben die Entscheidung über die Verlängerung des jetzigen deutsch-schweizerischen Handelsabkommens bis zum 1. Dezember 1911 aus. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Vorlage im Reichstage zu großen Erörterungen Anlaß geben wird. An einer Erneuerung des Vertrages wird sich schon auf beiden Seiten gearbeitet. Schließlich sind noch die für vor den Osterferien eingegangenen Vorlagen über die Wiener Uebereinkunft und über das Reichsbesteuerungsrecht zu erwähnen. Die letztere hat insofern größere prinzipielle Bedeutung, als damit endlich das Besteuerungsrecht der Gemeinden auf reichsfinanzielle Betriebe festgelegt werden soll. Nachdem der Bundesrat mit einem derartigen Vorlage, den der Reichstag herangezogen ist, ist nicht anzunehmen, daß von letzterem Schwierigkeiten werden gemacht werden, um so weniger, als ein derartiges Gesetz von ihm schon früher mehrfach verlangt worden ist. In den letzten Jahren hat sich im Reichstag der Brand herausgebildet, daß, abgesehen vom Etat, über die wichtigsten Vorlagen der Logung die Entscheidung in der Zeit zwischen Pfingsten und Pfingsten gefällt wurde. Dieser Brand dürfte auch im laufenden Jahre geübt werden.

Deutsches Reich.

* Der Kaiser in Romberg v. b. Höhe. Der Kaiser fürte am Mittwoch vormittag die Vorträge des Chefs des Zivilkabinetts und des Chefs des Militärkabinetts. Am 11. Uhr vormittags unternahm der Kaiser mit Gefolge einen Ausritt. Um 2 Uhr traten das Kaiserpaar, die Prinzessin Viktoria Luise und die Damen und Herren des Gefolges einen größeren Ausflug in sechs Automobilen an. Die Fahrt ging über Mühlstein, Epstein, Wiesbaden, Schierstein, Eltville, Gattenheim, Gießenheim und Rüdelsheim zum Niederradendamm, das besichtigt wurde. Auf der Rückfahrt gedachten die Herrschaften in Wiesbaden den See zu nehmen und dann über Höchst und Cronberg zurückzufahren. — Später wird noch aus Rüdelsheim gemeldet: Der Kaiser, die Kaiserin und Prinzessin Viktoria Luise trafen mit Gefolge kurz nach 4 Uhr hier ein und setzten die Fahrt nach dem Niederradendamm ein und setzten die Fahrt fort. Am Demmal hatten sich zur Begrüßung eingefunden Landrat Geh. Regierungsrat Wagner-Rüdelsheim, Oberförster Groß-Rüdelsheim und Oberforstort Elze-Wiesbaden. Nach eingehender Besichtigung des Demmals und herzlicher Begrüßung von den erschienenen Herren wurde um 5 Uhr die Weiterfahrt nach Wiesbaden angetreten. Die Wäschlein wurden überall von der Bevölkerung herzlich begrüßt. Rüdelsheim hatte Flaggenschmuck angelegt. Das Wetter war prachtvoll. In Wiesbaden trafen die hohen Herrschaften um 5 1/2 Uhr ein und fuhren zum Schloße, wo der See eingenommen wurde. Gegen 8 Uhr abends kehrte das Kaiserpaar und Prinzessin Viktoria Luise nach Romberg zurück. Das Kaiserpaar wurde in sämtlichen von ihm berührten Ortschaften mit Begleitung begrüßt, besonders gefaltet sich der Empfang in Wiesbaden zu einem inophanten. Am Niederradendamm hat das Kaiserpaar auch den Regierungspräsidenten von Meißer empfangen.

* Das Prinzpaar Graf Friedrich traf in Jaffa am Mittwoch ein und reiste nach einer Ausfahrt nach Carona nach Jerusalem weiter. In Jerusalem traf das Prinzpaar Mittwoch nachmittag ein. Aus der Umgebung war die Bevölkerung massenhaft zusammengetrieben, sie begrüßte das prinzipale Paar mit großer Begeisterung. Der Konful Schmidt und die deutsche Kolonie der Stadt hatten sich zum Empfang am Bahnhof eingefunden. Vor dem Hotel ist eine Ehrenpforte errichtet, alle Straßen sind mit Flaggen geschmückt. Die Fahrt ging durch die Stadt nach dem Hofplatz auf dem Delberg, wo die Hofdamen und das Kuratorium der Stiftung das prinzipale Paar erwarteten und begrüßten.

* Der Kanzler und die Presse. Gegenüber der Ausweisung des Demenits betreffend eine Unterredung des Reichskanzlers mit dem Korrespondenten Goldstein der „Ausgabe Sotom“ in Rom stellt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erneut fest, daß der Reichskanzler weder

mit Goldstein noch anderen Herren der Presse politische Gespräche geführt hat.

* Das „Militärwesenblatt“ meldet: Kehler, General der Artillerie, zur Disposition gestellt. — Sieger, Oberst und Abteilungschef im Kriegsministerium, mit der Wahrnehmung der Geschäfte als Präses der Art.-Prüfungskommission beauftragt. — Kuhn, General der Artillerie, Inspekteur der 1. Infanterie-Brigade, zur Disposition gestellt. — Lanier, Generalmajor, Inspekteur der 2. Infanterie-Brigade, in gleicher Eigenschaft zur 1. Infanterie-Brigade zur Disposition gestellt. — Kettner, Generalmajor, Kommandeur der Feldartillerie-Schießschule, zur Disposition gestellt. — Kroschke, General der Artillerie, Feldzeugmeister, zur Disposition gestellt. — Bueding, Generalmajor, Inspekteur der Art.-Depot-Inspektion, zum Feldzeugmeister ernannt. — Ed., Generalmajor, zum Inspekteur der Art.-Depot-Inspektion ernannt. — v. Schidlo, Generalmajor, Kommandeur der 29. Division, zur Disposition gestellt. — v. Demling, Generalmajor, Kommandeur der 58. Infanterie-Brigade, zum Kommandeur der 29. Division ernannt.

* Der Präsident des sächsischen Finanzministeriums v. Wüger scheint sicher zu sein. Die Chemnitz-„N. Ztg.“ schreibt auf Grund einer aus Dresden zugegangenen Mitteilung, daß der Minister bald nach dem Schluß der Kammergesitzung endgültig seinen Abschied nehmen werde. Iteber seinen Nachfolger verlaute noch nichts Bestimmtes.

* Hofschlingens Beisehung. Unter Beteiligung vieler Tausender wurde am Mittwoch nachmittag Kaiser v. Hofschlingens auf dem Hofschlingenshof in Betschke beisehung. Als Vertreter des Kaisers war der frühere Kriegsminister, kommandierende General des 7. Armee-Korps, Generalmajor, der im Auftrage des Kaisers einen prachtvollen Vortrag am Sarge niederlegte. Außerdem waren die Spitzen der Regierung und der höchsten Behörden, die gefante Geistlichkeit der römischen und protestantischen Kirche und viele andere Persönlichkeiten anwesend. Die Trauerrede in der Hofschlingenshof hielt Oberhofprediger Dr. Dr. Dr. Dr.

* Das Postengesetz. Das bisher in Kiel nationalisierte Postengesetz wird nunmehr in Berlin in Kraft treten.

* Zur Erhaltung des Friedens im Baugewerbe will die Regierung einen Vermittlungsversuch zwischen den streitenden Parteien unternehmen. Die Verhandlungen werden am Freitag im Reichstag des Innern zu Berlin stattfinden.

* In der Konferenz über die Staatsfragen, insbesondere über die künftige Gestaltung der Reichsfinanzverwaltung, trat heute, Donnerstag, auf Einladung des Reichsfinanzministers die Finanzkommission in Berlin zusammen. Aus diesem Anlaß sind dort eingetroffen: der bayerische Finanzminister Müller von Pfaff, der württembergische von Gehler, der neue sächsische Braun, der großherzoglich sächsische Staatsminister v. Otto, der schleswig-holsteinische Staatsminister Freiherr v. Zeilisch, Bürgermeister Wirsbacht, Preussens, für das Königreich Sachsen, Mecklenburg und Oldenburg deren Vertreter Gebrüder: Freiherr v. Salsza und Lichtenau, Freiherr v. Brandenstein und Dr. von Euden-Wendhausen. In Vertretung des erkrankten badischen Finanzministers von Hoff ist Geheimrat Cöller eingetroffen, für das Fürstentum Meckl. a. N. der Geheimrat von Weding.

* Zur gesetzlichen Regelung der Sonntagsruhe schreibt man uns: Das im nächsten Winter dem Reichstage eine Vorlage zur Regelung der Sonntagsruhe zugehen wird, darf man wohl als sicher annehmen. Wenn aber jetzt schon Einzelheiten über einen von der Reichsregierung vorbereiteten Gesetzentwurf mitgeteilt werden, so eilt diese Nachricht den Lesern ganz erheblich voraus. Denn es steht heute noch nicht einmal fest, ob die beiden verschiedenen Gebiete, auf denen eine Regelung der Sonntagsruhe in Aussicht genommen ist — in Kontoren und offenen Verkaufsstellen — eine gemeinsame gesetzliche Regelung finden werden. Beratungen zwischen der Reichsregierung und dem zuständigen preussischen Minister haben allerdings schon seit längerer Zeit stattgefunden, jedoch kam von einem endgültigen Entwurf gesehentlich keine Rede sein. Doch im allgemeinen eine Erweiterung der jetzt geltenden Bestimmungen über die Sonntagsruhe der Grundgedanke der kommenden Neuregelung sein wird, darf man als sicher annehmen. Aber daß alle auf diesem Gebiete bisher hervorgetretenen Anregungen eine Berücksichtigung finden werden, ist nicht anzunehmen. Auch dürfte den sehr verschiedenen Verhältnissen in großen und kleinen Städten Rechnung getragen werden. — Ganz unabhängig hieron haben auch über die Frage einer Neuregelung der gewerblichen Sonntagsruhe Beratungen mit Vertretern der verschiedenen Gewerbebezüge stattgefunden, deren Ergebnis aber zunächst in den zuständigen Ministerien auf ihre Verwendbarkeit für gesetzgeberische Maßnahmen geprüft werden.

* Das Herrenhaus beschließt, die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage am 15. April zu beginnen. Die Wahlrechtskommission hat beschlossen, mit ihre Arbeiten sofort in der ersten Aprilwoche aufzunehmen, so daß nach der Vornahme im Herrenhaus die Schlusslegung der Vorlage stattfinden kann.

* Zurückgestellte Gesetzesvorlagen. Ein Entwurf über die gesetzliche Regelung des Besuchs von obligatorischen

